



Newsletter

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



© Fotostudio Liebhart

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor Beginn der Sommerferien im Freistaat Bayern dürfen wir Ihnen in diesem Newsletter aus unserer Arbeit berichten – insbesondere über einige Veranstaltungen, die wir zusammen mit Partnerinnen und Partnern oder allein durchführen konnten und die eine große Bandbreite an Themen abdecken. Denn jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus spielen in allen gesellschaftlichen Feldern eine Rolle; darum bin ich sehr dankbar, dass wir so viele kompetente und einsatzfreudige Partner haben – seien es Institutionen, Vereine oder einzelne Persönlichkeiten.

Ende Juni haben wir beim 5. Landestreffen des Netzwerks „Jüdisches Leben und Erbe in Bayern“ in Nürnberg einen neuen Schritt zur Vernetzung getan: Vertreter von Justiz und Polizei informierten die Vereine, Kultureinrichtungen und jüdischen Gemeinden über

ihre Arbeit und über die rechtlichen und polizeilichen Möglichkeiten zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens. Dies war uns ein großes Anliegen, weil aufgrund steigender Zahlen antisemitischer Vorfälle der Sicherheitsbedarf ebenfalls gestiegen ist, und weil es für die Aktiven im Feld „Jüdisches Leben“ entscheidend ist, dass sie einen kurzen Draht zu den Vertretern der Sicherheitsbehörden haben.

Wie engagiert diese Behörden arbeiten, welche Kompetenzen, aber auch Grenzen sie haben, davon konnte sich ein großes Publikum bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen unserer Vortragsreihe „Reden über...“ in der Ludwig-Maximilians-Universität München überzeugen. Mit Justiz, Polizei und Verfassungsschutz stehe ich in einem engen und vertrauensvollen Austausch. Das sichert uns die schnelle gegenseitige Information und gegebenenfalls auch Intervention –

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial	Titelseite
Einladung zur Online-Veranstaltung	3
Digitalunternehmen müssen Verantwortung wahrnehmen	3
Wie sicher ist jüdisches Leben in Bayern?	5
Keine judenfeindlichen Demos mehr im Umfeld der Synagoge!	7
Einrichtungen der Justiz und Kultur miteinander vernetzen	7
Erinnerung an Philipp Auerbach.....	9
Gemeinsam gegen Judenhass: Startschuss für Medienpartnerschaft.....	11
Save the Date! Jüdisches Leben in der arabischen Welt.....	12
Impressum	12

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

eine Errungenschaft, für die ich den Vertreterinnen und Vertretern der staatlichen Institutionen sehr dankbar bin!

Antisemitismus und Hassrede verbreiten sich auf allen Ebenen. Zwei Beispiele aus den letzten Wochen mögen hier als Beleg dienen: Bei einer Veranstaltung in der Bayerischen Vertretung in Brüssel gemeinsam mit Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, Eric Beißwenger MdL, haben wir über „Antisemitismus und Social Media“ diskutiert – die digitale Welt ist ein Problemfeld, dessen Brisanz uns die anwesenden Expertinnen ebenso wie jüdische Betroffene deutlich vor Augen geführt haben.

Auf der analogen Seite des Spektrums findet sich die propalästinensische Demonstration, die am 15. Juli am Vorabend des Schabbat in der Nähe der Münchner Synagoge geplant war. Mehrere Hundert Menschen haben sich hier schützend vor die Synagoge und ihre Besucherinnen und Besucher gestellt. Ich habe den Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter aufgefordert, die Genehmigung derartiger Demonstrationen – die durch das hohe Gut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt sind – zur Chefsache zu machen – gerade mit Blick auf den Ort der Demonstration. Jüdinnen und Juden müssen ohne Angst vor Anfeindung oder gar weiteren Übergriffen ihre Gottesdienste besuchen können, wie die Gläubigen anderer Religionsgemeinschaften und der christlichen Kirchen auch.

Angesichts solcher Ereignisse und Schlagzeilen sollten wir nicht die vielfältigen Anlässe vergessen, die uns Mut machen und positiv bestärken. Dass sich in München vor 80 Jahren, nur Monate nach dem Ende des NS-Regimes und der Shoah, wieder eine israelitische Kultusgemeinde gründete, erfüllt uns mit Dankbarkeit.

Der Bayerische Landtag erinnerte jüngst mit der feierlichen Enthüllung eines Erinnerungszeichens in der Prannerstrasse 8 in München, dem damaligen Sitz des Bayerischen Landtags, an diesen wichtigen „Ort der Demokratie“. Landtagspräsidentin Ilse Aigner wies darauf hin, wie lange die Einführung der Demokratie brauchte und wie rasch sie dann abgeschafft wurde. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, dass Judenhass und Antisemitismus immer schon sensible Frühindikatoren für gesellschaftliche Verwerfungen und Fehlentwicklungen waren. Dies sollte uns alle motivieren, wachsam zu bleiben, und einzugreifen, wo es nötig und möglich ist.

Dafür wünsche ich Ihnen und uns allen stets die notwendige Energie! Für Ihre Verbundenheit und ihr Vertrauen darf ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken! Ich wünsche Ihnen, dass Sie die bevorstehenden Sommerferien genießen und freue mich auf weitere Zusammenarbeit!

Ihr

Dr. Ludwig Spaenle,
Staatsminister a.D.

Einladung zur Online-Veranstaltung

Erinnerungskultur in Israel. Die Gedenkstätte Yad Vashem

Am Montag, den 4. August 2025, von 18:00 Uhr bis 19:15 Uhr.

Grußwort:

Dr. Ludwig Spaenle,
Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung

Vortrag:

Dr. Noa Mkayton,
Direktorin des Overseas Education and Training Departments am International Institute for Holocaust Education in Yad Vashem, Jerusalem

Fragerunde

Moderation:

Steven Schmerz,
Leiter des Büros des Freistaats Bayern in Israel

Wir bitten um Anmeldung per Mail bis zum 1. August 2025 an:

antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de

Betreff: Erinnerungskultur

Bitte fügen Sie der Anmeldung die folgenden Angaben bei: Name, Institution, E-Mail und Telefon-Nummer. Der Link zur Online-Veranstaltung wird nach Anmeldeschluss versandt.

Digitalunternehmen müssen Verantwortung wahrnehmen

Tagung mit Europaminister Beißwenger und Dr. Spaenle in Brüssel zu Antisemitismus in der digitalen Welt

BRÜSSEL. Als der Sieg Yuval Raphaels, Überlebende der Terrorattacke des 7. Oktober und Vertreterin Israels beim Eurovision Song Contest, bei der Publikumsabstimmung bekannt gegeben wurde, überfluteten Verschwörungstheorien über das Zustandekommen dieses Ergebnisses die Sozialen Medien. Dr. Katharina von Schnurbein, Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission, machte bei der Veranstaltung „Antisemitismus in der digitalen Welt“ Anfang Juli in Brüssel auch mit diesem Beispiel deutlich, wie Judenhass im Netz in Europa länderübergreifend grassiert. Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales, lud deshalb in die Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, um sich gemeinsam mit dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staats-



Europaminister Beißwenger im Interview mit SAT 1-Bayern über die Veranstaltung in Brüssel
© Zacarias Garcia

regierung dieses Themas anzunehmen – aus Sicht von Dr. Spaenle, der dies angeregt hatte, genau der richtige Ort: „Digitaler Antisemitismus betrifft die Bundesländer ganz konkret: bei der Strafverfolgung, bei der Bildung, beim Schutz jüdischer Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig kann nur die EU die verbindlichen Regeln auf-

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



v.l.n.r.: Moderator Claus Singer, Gady Gronich, Dr. Deborah Schnabel, Ron Dekel und Dr. Ludwig Spaenle

© Zacarias Garcia

„Neue Bedrohungslage durch Soziale Medien“

stellen, damit die Digitalunternehmen ihre Verantwortung wahrnehmen.“

Dass dies notwendig ist, wurde bei der so aufschlussreichen wie desillusionierenden Key Note von Dr. Monika Hübscher von der Universität Duisburg-Essen mehr als deutlich: Sie erläuterte anschaulich, wie die Funktionsweise der Sozialen Medien dazu führt, dass jede Reaktion auf antisemitische Botschaften – auch Widerrede – deren Verbreitung fördert. Sie führte erschreckende Beispiele vor und zeigte zum Beispiel auf, wie Soziale Medien von den Terroristen der Hamas gezielt auch am 7. Oktober eingesetzt wurden. Diese Terrorattacke und die Welle

von antisemitischem Hass, die auf sie folgte, waren auch der Ausgangspunkt des anschließenden Podiumsgesprächs, das Moderator Claus Singer mit Dr. Ludwig Spaenle, Dr. Deborah Schnabel, Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank, Ron Dekel, Präsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, und Gady Gronich, Generalsekretär der Europäischen Rabbinerkonferenz, führte. Ron Dekel und Gady Gronich schilderten eindrücklich die prekäre Situation von Jüdinnen und Juden durch die neuen Bedrohungslage, die durch die Sozialen Medien befeuert werde – so wäre der brutale Angriff auf den Berliner Studenten Lahav Shapira ohne diese nicht denkbar gewesen. Dr. Deborah Schnabel verwies auf die Verantwortung der Digitalkonzerne, auf die Bedeutung von Bildungsarbeit und die Rolle der Politik. Dr. Ludwig Spaenle griff dies gerne auf: „Mit den Erkenntnissen, die wir heute gewonnen haben, haben wir eine Grundlage für weitere Schritte.“

ch



Dr. Katharina von Schnurbein, Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission

© Zacarias Garcia

Die Veranstaltung steht unter folgendem Link digital zur Verfügung: <https://www.youtube.com/watch?v=KNawuU1QhMU>

Wie sicher ist jüdisches Leben in Bayern?

Veranstaltung an LMU zur Antisemitismusbekämpfung durch Sicherheitsbehörden

MÜNCHEN. Die jüdischen Gemeinden befinden sich seit dem Massaker der Hamas-Terroristen am 7. Oktober 2023 in Israel und dem folgenden rasanten Anstieg von antisemitischen Vorfällen auch in Deutschland in einem Ausnahmezustand. Deutsche Jüdinnen und Juden fühlen sich in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Aus diesem Anlass fand im Rahmen der Vortragsreihe, die der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben in Zusammenarbeit mit der LMU München durchführt, Anfang Juli die Veranstaltung „Reden über: Wie sicher ist jüdisches Leben in Bayern? Antisemitismusbekämpfung durch die Sicherheitsbehörden“ statt.

Nach Begrüßung durch LMU-Vizepräsidentin Prof. Francesca Biagini und Einführung durch Dr. Ludwig Spaenle eröffnete der Journalist Claus Singer, als Moderator des Abends, die Gesprächsrunde. Steven Guttman, Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, beschrieb eindrücklich, dass viele jüdische Bürgerinnen und Bürger sich nur noch sicher fühlten, wenn sie ihre jüdische Identität versteckten. Die weiteren Panel-Teilnehmer Andreas Franck, Zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz, Michael Weinzierl, Beauftragter der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, und Judith Faessler, Antisemitismusbeauftragte des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, bestätigten die Schilderungen Gutmans durch Zahlen antisemitischer Straftaten aus dem Jahr 2024. Sie gaben einen Einblick in die Arbeit und das Netzwerk der Antisemitismusbeauftragten der bayerischen Justiz, Polizei und des Verfassungsschutzes.



Dr. Ludwig Spaenle, Regierungsbeauftragter

© Charlotte Göbel



Andreas Franck, Oberstaatsanwalt. Zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz

© Charlotte Göbel



v.l.n.r.: Moderator Claus Singer in Gespräch mit Steven Guttman, Geschäftsführer der IKG München und Oberbayern

© Charlotte Göbel

schutzes. Dieses hat sich auf Initiative von Dr. Spaenle nach dem 7. Oktober 2023 gebildet und seine Zusammenarbeit seitdem stetig intensiviert.

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



v.l.n.r.: Moderator Claus Singer, Steven Guttman, Judith Faessler, Michael Weinzierl und Andreas Franck

© Chartlotte Göbel

Die Referenten zeigten auf, dass angezeigte antisemitische Straftaten, darunter Volksverhetzung und Beleidigungen, in Bayern konsequent verfolgt werden. Auch bei propalästinensischen Demonstrationen beobachteten die Polizei und Justiz das Geschehen sehr genau. Sie gaben aber auch an, dass nicht wenige antisemitische Vorfälle, wie sie von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (Rias Bayern) registriert werden, unter der Strafbarkeitsschwelle liegen. Antisemitismus sei je nach Ausprägung nicht per se verboten.

Die Gesprächsteilnehmer nahmen auch die Zivilgesellschaft in die Pflicht. Die Bekämpfung des Judenhasses sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Letztendlich gehe es um die Verteidigung der offenen Gesellschaft und Demokratie.

Insbesondere propalästinensische Demonstrationen, so Guttman, sorgten dafür, dass jüdische Gemeindeglieder bestimmte Orte mieden. In diesem Zusammenhang erwähnte er die „Marschdemo“, die für den 18. Juli in der Nähe der Synagoge am St.-Jakobs-Platz geplant war. Im Anschluss fingen Publikumsteilnehmer, darunter „Omas gegen rechts“ an, eine Menschenkette um die Synagoge zu organisieren. Zu der Gegen demonstration erschienen schließlich 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

jg

Die Veranstaltung steht unter folgendem Link digital zur Verfügung: <https://www.youtube.com/watch?v=kzu45hOwh3I>

„Keine judenfeindlichen Demos mehr im Umfeld der Synagoge!“

Spaenle fordert Konsequenzen nach Demo beim Münchener Jakobsplatz

MÜNCHEN. Nach der propalästinen-sischen Demonstration am 18. Juli im direkten Umfeld der Münchner Hauptsynagoge Ohel Jakob verlangt Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle in einem Schreiben an den Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter klare Konsequenzen. Die judenfeindliche Demonstration fand am Vorabend des Schabbats statt, führte mehrfach in Sicht- und Hörweite an der Synagoge vorbei, blockierte Zugänge zu dieser und wurde von offen antisemitischen Parolen begleitet. Viele Jüdinnen und Juden fühlten sich dadurch eingeschüchtert.

„Es kann nicht sein, dass Jüdinnen und Juden wieder Angst haben, in München ihren Glauben zu leben“, so Spaenle. Der Zugang zur Synagoge war nur unter massivem Polizeischutz möglich. Rund 350 Münchnerinnen und Münchnern bildeten zum Schutz der Gemeinde eine Menschenkette, zu der auch Ludwig Spaenle aufgerufen hatte.



Regierungsbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle im Interview mit BR.24
© Alexander Bruck

Der Beauftragte fordert, dass künftig keine judenfeindlichen Versammlungen mehr in unmittelbarer Nähe jüdischer Einrichtungen genehmigt werden. „Den Schutz der freien Ausübung der jüdischen Religion müssen Sie zur Chefsache machen“, appelliert Spaenle an den Oberbürgermeister. Zudem schlägt er ein gemeinsames Verfahren mit Stadt, Polizei, Justiz und der Israelitischen Kultusgemeinde vor, um künftig frühzeitig Risiken zu erkennen und zu vermeiden. *fm*

„Eine Menschenkette zum Schutz der Ohel-Jakob-Synagoge in München“

„Einrichtungen der Justiz und der Kultur miteinander vernetzen“

5. Landestreffen für jüdisches Leben in Nürnberg - Antisemitismusbeauftragter Dr. Spaenle und Landesverein für Heimatpflege wollen Förderung jüdischen Lebens als Staatsziel verankern

NÜRNBERG. „Wir wollen die Einrichtungen der Justiz und der Kultur miteinander stärker vernetzen, um das jüdische Leben zu fördern und den Antisemitismus zu bekämpfen“, so Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle beim 5. Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“ in Nürnberg. Und das ist notwendig, argumentierte er. „Die Sicherheitslage für Menschen jüdischen Glaubens ist in Deutschland und in Bayern seit dem Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 höchst angespannt. Sie werden mit verantwortlich gemacht für Entscheidungen der israel-



v.l.n.r.: Dr. Ludwig Spaenle und Dr. Rudolf Neumeier bei der Pressekonferenz © GSAB

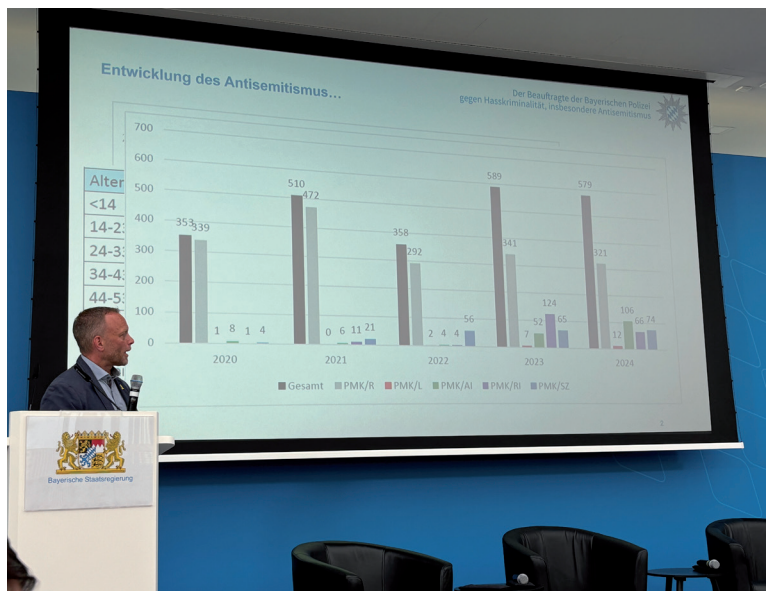
Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

lischen Regierung zur Verteidigung ihres eigenen Landes und seiner Bevölkerung“, so Dr. Spaenle und der Geschäftsführer des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege Dr. Rudolf Neumaier übereinstimmend.

An dem Landestreffen haben über 100 Vertreterinnen und Vertreter von jüdischen Gemeinden, Kultureinrichtungen, Kommunen sowie Vereinen mit dem Zentralen Antisemitismus-

beauftragten der Bayerischen Justiz Andreas Franck und dem Beauftragten der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus, Michael Weinzierl diskutiert. Sie besprachen Möglichkeiten, das jüdische Leben weiter zu fördern. Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Spaenle und der Landesverein für Heimatpflege forderten dazu die Verankerung des Schutzes jüdischen Lebens als Staatsziel im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung. „Wenn die Förderung jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus als Verfassungsauftrag verankert sind, wird das unmittelbar Auswirkungen auf das Handeln der öffentlichen Hand haben“, ist sich Dr. Spaenle sicher.

„Bayern nimmt bereits heute“, ergänzte der Regierungsbeauftragte, „eine Vorreiterrolle bei Förderung und Schutz jüdischen Lebens ein. Die Bayerische Staatsregierung hat ein Gesamtkonzept zur Förderung jüdischen Lebens angenommen.“



Michael Weinzierl, Beauftragter der Bayerischen Polizei gegen Hasskriminalität, insbesondere Antisemitismus © GSAB

Digitalisierung der Gemeinde-Archive kommt voran



Dr. Alexis Hofmeister, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns © GSAB

Kulturpolitisch ging es in Nürnberg auch um die Digitalisierung der Archive der ehemaligen bayerischen jüdischen Gemeinden. Über die Fortschritte dabei informierten Dr. Alexis Hofmeister und Dr. Fabienne Huguenin von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Materialien, die bisher in Jerusalem lagern, werden in dem Projekt der Generaldirektion der Staatlichen Archive unabhängig von Zeit und Ort für Forscherinnen und Forscher zugänglich gemacht. Auch die neu erschlossenen Akten zur Wiedergutmachung eröffnen der Forschung zu jüdischem

Leben vielfältige Perspektiven. Ein weiteres Thema war der Kontakt mit Nachfahren jüdischer Familien – hier haben viele Ehren- und Hauptamtliche beste Erfahrungen mit dem großen Interesse von Familienangehörigen aus aller Welt gemacht. „Unser Netzwerk jüdisches Leben ist in den vergangenen zwölf Monaten nennenswert gewachsen. Das ist höchst erfreulich. Umso wichtiger ist nun, dass wir uns mit diesem Netzwerk im Rücken gegen den zunehmenden Antisemitismus einsetzen und uns gegen alle wenden, die mehr oder weniger offen Judenhass verbreiten. Denn Heimat und Hass – diese beiden Begriffe gehen nicht zusammen. Heimat ist Miteinander in Vielfalt“, zog Dr. Rudolf Neumaier vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege eine Bilanz.

lu



Dr. Fabienne Huguenin, Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns © GSAB

Die Veranstaltung steht unter folgendem Link digital zur Verfügung:
<https://youtu.be/nn-jhnmdFSY>

Erinnerung an Philipp Auerbach

Der Kämpfer für NS-Opfer scheiterte im Land der Täter



Vortrag zu Auerbach, Dr. Ludwig Spaenle, Regierungsbeauftragter © GSAB

„Ein Kämpfer für rassistisch-religiös Verfolgte“

MÜNCHEN - An Opfer des Nationalsozialismus erinnern in München vielfältige Erinnerungszeichen. Die Gedenktafel, die im Mai in der Holbeinstraße 11 enthüllt wurde, hat aber besondere Qualität: Sie erinnert an ein Opfer der Nachkriegszeit: An den

ersten „Staatskommissar für rassistisch-religiös und politisch Verfolgte in Bayern“, Philipp Auerbach, dessen Dienstsitz sich hier befand. Auerbach, selbst Überlebender der KZ Auschwitz und Buchenwald, setzte sich ab 1946 äußerst engagiert, oft

**„Gedenktafel
erinnert
an Staatskommissar
Philipp Auerbach“**



Einweihung der Gedenktafel für Staatskommissar Philipp Auerbach

© DRV

kompromisslos für Überlebende des NS-Regimes ein. Er organisierte Kleiderspenden, beschaffte Unterkünfte, unterstützte bei Auswanderung und Wiedergutmachungsanträgen – wobei er Verwaltungsvorschriften stets geringer veranschlagte als die Not der Verfolgten.

Dies wurde ihm im August 1952 zum Verhängnis, als er in einem skandalösen, antisemitisch grundierten Prozess wegen angeblicher Bestechung und anderer Delikte verurteilt wurde. In der Haft nahm er sich das Leben. Zwei Jahre später rehabilitierte ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags Auerbach vollständig. Im Zuge der Affäre musste sein Gegenspieler, Justizminister

Josef Müller, Mitbegründer der CSU und selbst ehemaliger KZ-Häftling, zurücktreten.

Dass nun an Philipp Auerbach erinnert wird, ist das Verdienst vieler: der Deutschen Rentenversicherung Süd, in deren Verwaltungsgebäude Auerbach seine Arbeit als Staatskommissar begann, des Netzwerks „Zeugnis Zeugen“ und des Vereins Nord-OstKultur. Die Präsidentin der IKG München und Oberbayern, Charlotte Knobloch und Hans-Hermann Klare, Autor einer umfassenden Auerbach-Biografie, würdigten ebenso wie Antisemitismusbeauftragter Dr. Spaenle und andere das Wirken Philipp Auerbachs, des engagierten Kämpfers für die Opfer des Nationalsozialismus. *uf*

Gemeinsam gegen Judenhass: Startschuss für Medienpartnerschaft



In Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterzeichnen SAT.1 Bayern-Geschäftsführer Alexander Stöckl und der Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle in der Bayerischen Staatskanzlei eine neue Kooperationsvereinbarung zur Förderung jüdischen Lebens. © Stk

Aus einer bisher schon engen Zusammenarbeit wird nun eine schlagkräftige, offizielle Kooperation: Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, und Alexander Stöckl, Geschäftsführer von SAT.1 Bayern, haben jetzt in der Bayerischen Staatskanzlei eine wegweisende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet – in Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der von einem „starken Signal“ sprach.

Ziel der Partnerschaft ist es, jüdisches Leben in Bayern sichtbarer zu machen, Vorurteile abzubauen und aktiv gegen Antisemitismus einzutreten. Dies solle durch eine enge redaktionelle Zusammenarbeit, durch gemeinsame Projekte sowie durch gegenseitige Unterstützung bei Medienbeiträgen, Veranstaltungen, Bildungsinitiativen und Öffentlichkeitsarbeit geschehen, heißt es in dem dreiseitigen Dokument.

Bereits im Frühjahr hatten die beiden Partner mit der gemeinsamen Video-

kampagne „Nein! Kein Platz für Antisemitismus“ Aufsehen erregt. In dem Videospot der Aktion geben Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft klare Statements ab und laden Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich aktiv gegen Antisemitismus zu stellen. Zu den Prominenten, die sich mit Jüdinnen und Juden solidarisch zeigen, gehören neben Ministerpräsident Dr. Söder auch Schauspielerin Uschi Glas und Kabarettist Christian Springer.

Aus der Kooperation ist bereits ein weiteres gemeinsames Projekt hervorgegangen: die neue SAT.1-Reportagenreihe „Jüdisches Leben in Bayern“, die mit Unterstützung des Büros des Beauftragten entsteht. Die erste Folge wurde bereits ausgestrahlt und ist online hier abrufbar: <https://www.youtube.com/watch?v=MMtJJgZuiPQ> eine Reportage über das Lernzirkel-Projekt des Dossenberger Gymnasiums in Günzburg, bei dem ältere Schülerinnen und Schüler Inhalte über jüdisches Leben für Grundschülerinnen und Grundschüler aufbereiten. fm

**„Starkes Zeichen
gegen Antisemitismus“**

Beauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit
und geschichtliches Erbe

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

ANSCHRIFT:
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

TELEFON:
(089) 2165 2380

E-MAIL:
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

PRESSE:
Presse.
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

INTERNET:
[www.
Antisemitismusbeauftragter.
bayern.de](http://www.Antisemitismusbeauftragter.bayern.de)

Verantwortlich:

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Redaktion:

Ulrich Fritz
Dr. Ludwig Unger

Beiträge:

Ulrich Fritz
Dr. Julie Grimmeisen
Christoph Huber
Frank Müller
Dr. Ludwig Spaenle
Dr. Ludwig Unger

Bildnachweis:

Wie angegeben

Bildbearbeitung und Gestaltung:

Elke Kapell

Newsletter Juli 2025

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Save the Date !

JÜDISCHES LEBEN IN DER ARABISCHEN WELT

FOTOGRAFISCHE ERINNERUNGEN AN EINE VERGANGENE ZEIT



Ausstellungsdauer:
26.09. – 24.10.2025

MO – FR 12.00 – 19.00 UHR
SA – SO 12.00 – 18.00 UHR

(ausgenommen Feiertage & Seminar/Workshoptage)



mehr Info unter: www.seidlvilla.de

seidlvilla 

NIKOLAIPLATZ 1b • 80802 MÜNCHEN

Eine Kooperation von



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
MÜNCHEN



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Am 25. September um 19 Uhr findet in der Seidl-Villa eine Vernissage statt,
zu der die Deutsch-Israelische Gesellschaft München noch gesondert einladen
wird.

jpg